Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1948

3 (8.1.1948)

Visual Library

3. Jahrgang / Nummer 3
Verlag: Badendruck GmbH.,
Karlsruhe, Lammstr. 1b—5, Tel. 4051/53

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 8. Jan. 1948
Monatlicher Bezugspreis RM. 2.20
Postbezug RM 2.60 zuzügl. Zustellgebühr

Truman fordert sofortige Ratifizierung des Hilfsprogramms

Washington, 7. Jan. (Dena-Reuter) Präsident Truman forderte am 7. Januar vom Kongreß die unverzügliche Ratifizierung des amerikanischen Hilfsprogramms für den Wiederaufbau Europas. Truman, der in einer gemeinsamen Sitzung des Repräsentantenhauses und des Senats seine Jahresbotschaft verlas, versicherte, es sei „von größter Bedeutung", daß der Kongreß 6,8 Milliarden Dollar für die ersten 15 Monate des Marshall-Planes billige. Die nach dem Plan vorgesehene Unterstützung der europäischen Länder sollte spätestens am 1. April anlaufen.

Der Marshall-Plan vor dem Repräsentantenhaus

Washington, 7. Jan. (Dena-Reuter) Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses, Charles A. Eaton, legte am 6. d. Mts. dem Repräsentantenhaus den Gesetzentwurf über den Marshallplan vor, der eine langfristige Europahilfe vorsieht, deren Höhe ursprünglich auf 17 Milliarden Dollar festgesetzt war.

Die erste Andeutung, daß die ursprüngliche Ziffer von 17 Milliarden Dollar fallengelassen wurde, kam am 5. d. Mts. von dem republikanischen Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Arthur Vandenberg, der erklärte, Außenminister Marshall habe ihm gegenüber bereits eine derartige Konzession gemacht. Vandenberg sagte, der gegenwärtige Kongreß könne die zukünftigen Kongresse — die langfristige Hilfe erstreckt sich über einen Zeitraum von vier Jahren — nicht auf das derzeitige Programm festlegen.

Der amerikanische Kongreß, der über das Europa-Hilfsprogramm entscheiden wird, trat Dienstag, 12 Uhr Ortszeit (18 Uhr MEZ), in einer Atmosphäre der „Ruhe vor dem Sturm" zu seiner regulären Sitzungsperiode zusammen.

15 Mill. Dollar für Griechenland

Washington, 7. Jan. (Dena-Reuter) 15 Millionen Dollar, die ursprünglich für den Wiederaufbau in Griechenland vorgesehen waren, werden, wie das amerikanische Außenministerium am 6. d. Mts. bekanntgab, im Rahmen der militärischen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten zur Verstärkung der griechischen Streitkräfte verfügbar gemacht werden.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Griechenlands haben, wie der Leiter der amerikanischen Hilfsmission in Griechenland bekanntgab, ein Übereinkommen getroffen, wonach eine griechische „Nationalwache" von 100 Bataillonen gebildet und die reguläre griechische Armee um 12 000 Mann verstärkt werden soll.

Bremer „Volkskongreß" genehmigt

Bremen, 7. Jan. (Dena) Der von der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD für den 17. und 18. Januar nach Bremen einberufene „Volkskongreß" wurde, wie die KPD-Stadtleitung Bremen am 6. d. Mts. mitteilte, von der amerikanischen Militärregierung genehmigt. Wie die Militärregierung dazu erklärte, hat sie die Genehmigung von der Bedingung abhängig gemacht, daß nur die KPD und nicht die SED als Veranstalterin fungiert.

Die Frankfurter Konferenz hinter verschlossenen Türen

Wie wird entschieden? - Die Presse noch ohne Informationen - Man vermutet keine Besprechung über Westdeutsches Staatenstatut und Einbeziehung der französischen Zone General Clay verliest schließlich die anglo- amerikanischen Vorschläge

Frankfurt a. M., 7. Jan. (Eig. Ber. -sch-) Am 7. Jan., um 14 Uhr, hat in Frankfurt im Gebäude der Militärregierung die angekündigte Konferenz der Militärgouverneure Clay und Robertson mit den acht Ministerpräsidenten der Bizone, dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten des Wirtschaftsrates, dem Vorsitzenden im Exekutivrat, den Direktoren und sieben Mitgliedern des Hauptausschusses programmäßig begonnen. Die Verhandlungen fanden hinter verschlossenen Türen statt — nur die Photographen hatten bei Sitzungsbeginn die Möglichkeit, zehn knappe Minuten ihre Blitze aufleuchten zu lassen — und sämtlichen Beteiligten ist ausdrückliche Schweigepflicht gegenüber der Presse auferlegt worden. Erst am Donnerstagnachmittag wollen die beiden Militärgouverneure in einer Pressekonferenz das Geheimnis, das diese Besprechung nun schon seit Wochen umwittert, lüften. Für Mittwochabend ist ein kurzes Kommuniqué angekündigt, von dem man sich jedoch in Pressekreisen keine wesentlichen Informationen verspricht. Die bisherigen amtlichen Verlautbarungen beschränken sich auf die Zurückweisung von Pressemeldungen über ein „Sechspunkteprogramm", das „der Entwicklung vorausgreift" und in einigen Informationen über die am Mittwochmorgen stattgefundene Sitzung des Hauptausschusses, der „unter Berücksichtigung der Stellungnahme der betreffenden politischen Parteien endgültig die Gesichtspunkte festgelegt habe, die vom Präsidenten und Vizepräsidenten in der Konferenz vorgetragen werden sollen."

Von Stunde zu Stunde mehr macht sich die Überzeugung breit, daß die Kombinationen, die man an diese Konferenz geknüpft hat, sich nicht realisieren werden. Soviel festzustellen war, wird sich die Mittwochnachmittag-Sitzung lediglich mit Vorschlägen und Maßnahmen zur Besserung der Ernährung und zur Sicherung der Kohlenförderung (Grubenholzaktion) befassen. Am Donnerstag sollen dann die Vorschläge zum Ausbau der bizonalen Ämter besprochen werden. Von deutscher Seite wird der Vorschlag gemacht, die Zahl der Abgeordneten des Wirtschaftsrates auf 105 Mitglieder zu erweitern, die entweder durch eine Ergänzungswahl von den Landtagen oder auf Vorschlag der Parteien erfolgen könnten, wobei den zugewählten neuen Abgeordneten ihre Landtagsmandate nicht verloren gehen sollen. Der Exekutivrat selbst soll zukünftig als eine Art Länderrat nur die Koordinierung der Länder betreiben. Außerdem soll er ein Vetorecht gegen die vom Wirtschaftsrat erlassenen Gesetze erhalten. Weiter ist die Errichtung von zwei weiteren Direktoraten für „Arbeit und Sozialwesen" und für „Gesetzgebung und Recht" geplant. Pläne über ein westdeutsches Staatenstatut oder auch über eine Einbeziehung der französischen Zone sollen sicherem Vernehmen nach nicht besprochen werden.

Vorschläge General Clays

Frankfurt am Main, 7. Jan. (AP) Die Generale Sir Brian Robertson und Lucius D. Clay, der britische und der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, legten den führenden deutschen Politikern am Mittwoch in Frankfurt folgende Vorschläge zur Stärkung der bizonalen Verwaltung vor:

Erstens: Verdoppelung der Mitgliederzahl des bizonalen Wirtschaftsrates, der das Wirtschaftsleben Westdeutschlands steuert.

Zweitens: Schaffung einer zweiten gesetzgebenden Kammer.

Drittens: Ermächtigung der bizonalen Organisationen zur Erhebung gewisser Steuerbeträge und Errichtung einer Bizonenbank, und

Viertens: Errichtung eines obersten Gerichtes zur Durchführung der von dem neuen Verwaltungsapparat erlassenen Gesetze.

Die deutschen Vertreter erklärten, die Vorschläge beraten zu wollen. Sie werden am Donnerstag erneut mit den beiden Militärgouverneuren zusammentreffen.

In einem Kommuniqué des Wirtschaftsrates heißt es u. a.: Seitens der Vertreter des Wirtschaftsrates und der Ministerpräsidenten wurden eine Reihe von Fragen gestellt, um nähere Aufklärung über die einzelnen Vorschläge zu erhalten. Die Generale erwarten in der Sitzung am Donnerstag die deutsche Stellungnahme zu ihren Vorschlägen. Mittwochabend und Donnerstag früh finden auf deutscher Seite Besprechungen der einzelnen politischen Gruppen und der Konferenzteilnehmer zur Festigung der deutschen Stellungnahme statt.

Während der am Mittwochvormittag im Hauptausschuß des Wirtschaftsrates und im Exekutivrat geführten Vorbesprechungen zur Frankfurter Konferenz ist es nicht gelungen, eine Koordinierung der Auffassungen zwischen beiden Instanzen zu erreichen. Alle Versuche des Präsidenten des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, die Meinungen des Wirtschaftsrates und des Exekutivrates auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, scheiterten.

Der Vizepräsident des Wirtschaftsrates, Gustav Dahrendorf (SPD) erklärte am Montag, bei den Vorbesprechungen zur Konferenz mit den beiden Militärgouverneuren hätten sich bisher keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und CDU/CSU ergeben.

Dr. Maier: „Es ist unsere Aufgabe, unser Vaterland im Sturz aufzufangen"

Parteitag der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Badens

Stuttgart, 7. Jan. (Eig. Ber.-Hue-) Am 5. und 6. Januar fand in Stuttgart der Parteitag der Demokratischen Volkspartei von Württemberg-Baden statt. In der internen Sitzung am Montag gab zuerst Generalsekretär Ernst Mayer einen Bericht über das zweite Jahr der DVP und über den Ausbau und die Festigung der Parteiorganisation.

Nach einer umfassenden politischen Aussprache wurde zum ersten Vorstandsmitglied Dr. Wolfgang Haußmann-Stuttgart, zum zweiten Vorsitzenden Dr. Hermann Keßler-Karlsruhe und zum geschäftsführenden Vorsitzenden Ernst Mayer gewählt.

Am Dienstag sprach Dr. Hermann Keßler über das Verhältnis Württemberg-Baden und kritisierte die Auseinandersetzungen über den Gesetzentwurf über die Verwaltung der beiden Landesteile Württemberg und Baden. Er griff besonders den Artikel 7 dieses Gesetzentwurfes an, in dem es heißt, daß bis zur Bildung eines oder mehrerer Regierungsbezirke für den Landesbezirk Württemberg die Aufgabe des Regierungspräsidiums von den Ministerien wahrgenommen werde, in deren Geschäftsbereich die betreffenden Angelegenheiten fallen. Zum Schluß forderte er mehr von dem Geist der Demokratie von 1848.

Der Generalsekretär der DVP hielt darauf ein längeres Referat über den Vortrupp der Freiheit. Sowohl der Uniongedanke als auch der einer deutschen Labour-Party sei an Indolenz und Dogmatismus gescheitert. Wir seien außerdem im Begriff, aus dem Zwang eine politische und wirtschaftliche Religion, aus der Freiheitsbeschränkung eine Daueraufgabe der Bürokratie zu machen, um einem Dogma zum Recht zu verhelfen, dessen Durchsetzung nur wirtschaftliches Elend, neue Totalität und Freiheitsberaubung bringe. Um der Volksmoral und der Freiheit des arbeitenden Menschen willen forderte er den Abbau des Zwanges.

Den Höhepunkt des diesjährigen Dreikönigstages der DVP bildete eine Morgenfeier im Großen Haus der Staatstheater. Dr. Heuß gab in souveräner Weise einen historischen Überblick über die Zeit von 1848, über die Hintergründe, Strömungen und die Lage ganz Europas.

Der Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier erklärte, es sei unsere Aufgabe, das Vaterland, dessen Zertrümmerung noch anhalte, im Sturz aufzufangen. Er gab einen Überblick über den schwierigen Aufbau seit 1945, von der Gemeinde zum Kreis und vom Kreis zur Landesebene und schließlich zum Länderrat. Württemberg-Baden habe in den vergangenen zweieinhalb Jahren unentwegt das Motto hochgehalten, das Vaterland muß größer sein. Der Länderrat sei nicht der Gefahr erlegen, eine politische Organisation Süddeutschlands zu werden. Er sei heute schon ein Stück Deutschlands. Das zukünftige Deutschland müsse aus ca. einem Dutzend gleichgroßer Bundesstaaten bestehen. Es sei fraglich, ob wir ohne die Alliierten das deutsche Problem hätten besser lösen können. Ein westdeutscher Staat würde die Schwierigkeiten nicht beseitigen, sondern erhöhen. Der Wirtschaftsrat bedürfe einer gründlichen Reform an Haupt und Gliedern.

Wie Dena hierzu meldet, schlug Dr. Maier vor, die Direktoren der Zentralverwaltungen des Wirtschaftsrates zu einer kollegialen Körperschaft zusammenzufassen, den Exekutivrat zu stärken und eine enge Zusammenarbeit zwischen Landesregierungen und dem Wirtschaftsrat herbeizuführen. Eine Umbildung des Exekutivrates in eine Art zweite Wirtschaftskammer bezeichnete er als verfrüht.

In einer Entschließung forderten die Delegierten von den demokratischen Besatzungsmächten, daß das deutsche Volk über seine zukünftige Staats- und Wirtschaftsverfassung selbst bestimmen solle. In der Entschließung wird eine Abgrenzung der Befugnisse deutscher und fremder Instanzen gefordert und die Erwartung ausgedrückt, daß die durch das Nichtzustandekommen des Friedens zusätzlich erwachsenden Härten und Ungerechtigkeiten gegenüber dem deutschen Volke unverzüglich behoben werden mögen.

Der Zonenvorstand der FDP in der britischen Zone, der am 4. d. M. auf der Insel Wangerooge tagte, beschloß im Hinblick auf die Vertagung der Londoner Konferenz, mit den Vorständen der politischen Parteien aller Zonen Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, eine Gesamtvertretung der Parteien zu bilden. Diese Vertretung soll die gemeinsamen Forderungen zur Geltung bringen, um die durch den Staatsverfall verursachten sozialen und wirtschaftlichen Notstände zu überwinden.

Veränderungen im Wirtschaftsrat

Berlin, 7. Jan. M. Higgins, Korrespondent der „New York Herald Tribune" schreibt u. a.: General Clay, amerikanischer Militärgouverneur und Generalleutnant Robertson, britischer Militärgouverneur, erreichten in einer Unterredung am 2. Januar ein allgemeines Einverständnis über die grundlegenden Schritte, die unternommen werden müssen, um die wirtschaftliche Verwaltung der Vereinten Westzonen zu stärken. Das berichteten Beobachter.

Die beiden Militärgouverneure treffen sich mit deutschen Beamten in Frankfurt am 7. Januar, um dieses Problem mit ihnen durchzusprechen.

Hierin liegen gemäß Berliner Quellen die Hauptelemente des Programmes, daß die Amerikaner und Briten in dem delikaten Vorhaben beabsichtigen, die Wirtschaft Westdeutschlands zur besseren Wirkung zu bringen, ohne zur selben Zeit etwas zu schaffen, was die Russen eine Regierung nennen können:

Zuerst soll einem sich auf die ganze Bizone erstreckenden Wirtschaftsgerichtshof Vollmacht gegeben werden, so daß er Sanktionen für Nichtbefolgung seiner Erlasse auferlegen kann.

Zweitens soll dem zentralen deutschen Wirtschaftsrat, der die Bizone verwaltet, gewisse begrenzte Mittel an Hand gegeben werden, Einkünfte zu erheben, die genügen, um die für die Bizonen-Verwaltung wichtigen Funktionen und Verwaltungen zu unterhalten. Eine Art Zollsystem wäre ein Weg, solche Einkünfte zu erheben. Eine begrenzte Vollmacht, Steuern zu erheben, wäre ein anderer.

Drittens soll die Teilung der Funktionen zwischen den Exekutivrat und den fünf bizonalen Direktoren für Finanzen, Ackerbau, Wirtschaft, Transport und Verbindungen beseitigt werden. Die Funktionen der Direktoren, deren Aufgaben verglichen werden kann mit denen der Kabinettsmitglieder in den Vereinigten Staaten, sollen mit dem Exekutivrat verschmolzen werden. Es ist wahrscheinlich, daß mit dieser Neufassung der Exekutivrat einen einzigen Vorsitzenden haben wird und daß seine Mitglieder die Direktoren der verschiedenen Abteilungen sein werden. Er wird dem Wirtschaftsrat verantwortlich sein.

Die Zahl der Mitglieder des Rats wird verdoppelt werden müssen, aber bis jetzt besteht noch kein Übereinkommen zwischen den Amerikanern und Briten, auf welche Weise seine Mitglieder gewählt werden sollen.

Das Wesentliche, was jeder erreichen will, ist, daß die Bizonalverwaltung genug Vollmacht erhalten soll, um ihre Erlasse bei den Ländern durchsetzen zu können, die seit Bestehen der Bizone im Mai vergangenen Jahres gezeigt haben, daß sie ohne Zwang nicht zur Mitarbeit bereit sind.

CDU der Sowjetzone plant Konferenz

Kommuniqué für deutsche Einheit — Mehr Kompetenzen und Freiheit gefordert

Berlin, 7. Jan. (Dena) Mehr als 50 Prozent aller Mitglieder der CDU der Sowjetzone haben sich nunmehr für die Einberufung einer Parteikonferenz entschieden, nachdem sich die Landesverbände Sachsen und Mecklenburg am 4. d. Mts. in Vorstandssitzungen der Forderung des Landesverbandes Berlin, auf diesem Wege über die weitere Tätigkeit Jakob Kaisers und Ernst Lemmers zu entscheiden, angeschlossen haben.

Der Koordinierungsausschuß der CDU in der Sowjetzone hat sich am 5. d. Mts. in Berlin konstituiert. Mit der Führung der Geschäfte wurden die Landesverbandsvorsitzenden von Sachsen und Brandenburg, Prof. Hugo Hickmann und Dr. Wilhelm Wolf, sowie Otto Nuschke, Berlin, beauftragt.

Der Vorstand des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone tagte, wie Dena aus Köln meldet, am Dienstag unter Vorsitz von Dr. Konrad Adenauer.

In einem Kommuniqué, das im Anschluß an die Tagung herausgegeben wurde, spricht der erweiterte Zonenvorstand die Erwartung aus, daß die Alliierten alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um die deutsche Einheit, wenn auch zunächst etappenweise, mindestens durch die sofortige Zusammenfassung der drei Westzonen, wieder herzustellen. Der Vorstand sei der Meinung, daß eine aktive Beteiligung der deutschen Parteien an etwa von den Alliierten auf Grund des Ergebnisses der Londoner Konferenz zu unternehmenden Maßnahmen für die Reorganisation der Westzonen nur dann Erfolg verspreche, wenn ein ausreichendes Maß wirtschaftlicher Hilfe von den Alliierten gewährt werde und damit der Umfang der von den Deutschen zu tragenden Verantwortung bekannt sei.

Die Zustände auf dem Gebiet der Wirtschaft und Ernährung in Deutschland, so heißt es in dem Kommuniqué weiter, seien untragbar. Die Deutschen könnten nur dann mit Erfolg an der Organisation der Westzone mitarbeiten, wenn sie erheblich mehr Kompetenzen und größere Freiheit als bisher von den Alliierten erhielten.

„Brüderliche Grüße" über Kaiser an die CDU der Sowjetzone

An Jakob Kaiser sandte der Vorstand des Zonenausschusses der CDU in der brit. Zone folgendes Telegramm: „Der erweiterte Zonenvorstand der CDU der britischen Zone übersendet anläßlich seiner Sitzung in Köln am 6. Januar der CDU der Ostzone in herzlicher Verbundenheit brüderliche Grüße. Dr. Adenauer."

Berliner CDU-Kreise erklärten am 6. d. Mts., die Veröffentlichungen in der „Neuen Zeit", dem Berliner CDU-Blatt, in denen Äußerungen von CDU-Blättern aus der Sowjetzone zitiert werden, entsprächen nicht dem wahren Charakter der Stimmung in der CDU. Der Landesverband Sachsen der CDU erklärte nach Mitteilung der Berliner CDU kürzlich in einer Entschließung, daß die Pressepolitik der CDU in Sachsen durch die Besatzungsmacht bestimmt werde. Auch in den übrigen Ländern der Sowjetzone werde, wie die Berliner CDU-Kreise mitteilen, die Presse der CDU von der Besatzungsmacht gelenkt. Die CDU der Sowjetzone sei also nicht frei in ihren Entscheidungen und was in ihrer Presse veröffentlicht werde, sei von parteifremder Stelle beeinflußt.

Gegen westdeutschen Staat

Köln, 7. Jan. (Dena-DPD) Maßgebliche nordwestdeutsche Politiker, unter ihnen der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold (CDU), und der Vorsitzende der KPD in der britischen Zone, Max Reimann, lehnten in Besprechungen mit dem britischen Minister für Deutschland und Österreich, Francis Lord Pakenham, am 4. d. Mts. auf Schloß Röttgen bei Köln, die Bildung eines westdeutschen Staates ab.

Stalin soll gelähmt sein

Rio de Janeiro, 7. Jan. (Dena) Der brasilianische Botschafter Mario de Pimentel-Brandao erklärte hier am Montag, wie INS meldet, Generalissimus Stalin sei krank und scheine auf einer Seite teilweise gelähmt zu sein.

Wie Brandao weiter ausführte, ist es in Moskauer diplomatischen Kreisen „ein offenes Geheimnis, daß der Gesundheitszustand des 68jährigen Generalissimus „bedenklich" ist. Über den möglichen Nachfolger Stalins erklärte der Botschafter: „Natürlich taucht Molotows Name auf. Die verbreitetste Auffassung ist die, daß sich die Regierung fest in den Händen der Militärs befindet, und daß einer der Spitzengenerale oder eine Gruppe von Generalen nach Stalins Tod die Staatsführung übernehmen wird.

Kriegsgefangene bis Ende des Jahres entlassen?

Düsseldorf, 7. Jan. (Dena) In einer Unterredung mit Vertretern des katholischen Jugend-Kriegsgefangenendienstes sprach der britische Minister für Deutschland, Lord Francis A. Pakenham am 6. d. Mts. die Hoffnung aus, daß die deutschen Kriegsgefangenen — zumindest die in den westlichen Ländern festgehaltenen — bis Ende dieses Jahres in ihre Heimat zurückgeführt werden. Lord Pakenham sagte seine Unterstützung für die Repatriierung der von den gegenwärtigen Transportschwierigkeiten besonders hart betroffenen deutschen Kriegsgefangenen in Ägypten zu.

Internierte Frauen entlassen

Stuttgart, 7. Jan. Das Ministerium für politische Befreiung Württemberg-Baden, Presseabteilung, teilt mit: Die Spruchkammer des Interniertenlagers 77 (Frauenlager) wird ihre Tätigkeit in Kürze einstellen können. 4800 Frauen sind durch dieses Lager gegangen, in dem sich am Jahresende noch 151 internierte Frauen befinden werden. Von diesen sind bereits 60 von der Spruchkammer verhandelt; bei ihnen steht nur noch die Rechtskraft der Sprüche aus. 7 weitere haben bereits ihre Klageschriften erhalten, während die restlichen 84 als zonenfremd bisher noch zurückgestellt bleiben mußten. Zu Weihnachten wurden 30 Frauen entlassen.

Aus den Ludwigsburger Interniertenlagern wurden allein in den letzten zehn Tagen insgesamt 689 Internierte entlassen, von denen 322 noch vor ihren Heimatspruchkammern zur Verhandlung kommen. 7 Entlassungen erfolgten nach verbüßtem Arbeitslager.

Mitbestimmungsrecht der Arbeiter

Stuttgart, 7. Jan. (Dena) Der einzige Weg, um nicht nur aus der derzeitigen wirtschaftlichen Not herauszukommen, sondern ein für allemal eine einseitige kapitalistische Katastrophenpolitik zu verhindern, sei die weitestgehende Einräumung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmerschaft in allen wirtschaftlichen, sozialpolitischen und personellen Angelegenheiten, erklärte der württembergisch-badische Arbeitsminister Rudolf Kohl am 5. d. Mts. in einer Ansprache über Radio Stuttgart.

Als Hauptaufgabe seines Ministeriums im neuen Jahr bezeichnete Kohl die Heranziehung zusätzlicher Arbeitskräfte für die wichtigsten Industriezweige. Man werde versuchen, aus den Reihen der Jugendlichen und Frauen und aus den Angestellten-Berufen durch Umschulung neue Kräfte zu gewinnen. Kohl gab bekannt, daß auf einer Tagung der bizonalen Arbeitsminister beschlossen worden sei, dem alliierten Kontrollrat eine Lockerung des Lohnstops vorzuschlagen, da die Arbeiter in vielen Fällen sich nicht einmal mehr die ihnen zustehenden Lebensmittel kaufen könnten.

Hochwasserkrise überschritten

Bad Nauheim, 7. Jan. (Dena) Nachdem die Hochwasserstände über das Wochenende nochmals zu einer zweiten Krise geführt hatten, sind die Flüsse West- und Mitteldeutschlands zu Beginn der Woche im Absinken begriffen. Nur auf der Donau ist ein nochmaliges Steigen der Fluten zu erwarten.

Wie nachträglich aus Köln bekannt wird, soll auf einer internen Sitzung des Kölner Polizeipräsidiums erklärt worden sein, daß 80 Prozent des verloren geglaubten Milchpulvers gerettet wurden.

Alle Macht soll beim Volk liegen

Wie Dena aus Weimar meldet, forderte der LDP-Vorsitzende der Sowjetzone, Dr. Wilhelm Külz, am 5. d. M. während der Sitzung des Hauptausschusses der LDP als Voraussetzung für eine Einheit Deutschlands das Fallen der Zonengrenzen, die Bildung einer Zentralregierung und den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages. Innerhalb der zukünftigen Staatsform sollte alle Macht beim Volke liegen.

Im Telegrammstil

Washington. Senator Taft und weitere maßgebliche Republikaner kritisierten am 6. 1. die Absicht Präsident Trumans, zu Beginn der neuen Sitzungsperiode vom Kongreß Anti-Inflationsvollmachten zu fordern und erklärten, sie würden nicht zulassen, daß die USA im Frieden zu einer strengen Regierungskontrolle zurückkehren. (Dena-INS)

New York. Die Erörterung des Streitfalles zwischen Indien und Pakistan durch den Sicherheitsrat wurde auf Antrag des Delegierten von Pakistan, M. A. Hispahani, bis Mitte kommender Woche vertagt. — Harold E. Stassen erklärte am 5. Jan. in einer Versammlung des New Yorker Clubs junger Republikaner, das außenpolitische Programm der Republikaner solle die Einberufung einer Konvention der UN im Jahre 1950 umfassen, wobei die UN-Charta neu gefaßt und insbesondere das Vetorecht der Großmächte im Sicherheitsrat abgeschafft werden müsse. (Dena-Reuter)

Philadelphia. Der republikanische Abgeordnete Franklin Malomby erklärte in einem Interview in Philadelphia, die Sowjetunion beschäftige deutsche und österreichische Zwangsarbeiter „zu Tausenden" in ihrer umfangreichen Kriegsproduktion hinter dem Ural. (ap)

London. Das britische Schatzamt veröffentlichte am 5. 1. das anglo-ägyptische Finanzabkommen, das in Kairo unterzeichnet wurde. — England lehnte am 5. 1. die erneute Forderung Sowjetrußlands auf eine Viermächte - Außenministerkonferenz zur Ausarbeitung des japanischen Friedensvertrages ab und beharrte auf seinem Standpunkt, daß der Entwurf zu diesem Vertrag durch die aus 11 Nationen bestehende fernöstliche Kommission fertiggestellt werden sollte. (Ap)

Paris. Die Anti-Inflationsgesetzvorlage des französischen Ministerpräsidenten Schumann, die nach einer langen Debatte mit 315 gegen 268 Stimmen von der Nationalversammlung angenommen wurde, wird zusammen mit dem Anleihe-Vorschlag der Opposition am 6. 1. im französischen Oberhaus (Rat der Republik) behandelt werden. — Die französische Nationalversammlung sprach am 5. 1. laut AFP der Regierung Schuman bei der Abstimmung über die Zusatzanträge zu Artikel 3 der Regierungsvorlage mit 306 gegen 273 Stimmen das Vertrauen aus.

Bukarest. Der ehemalige rumänische Premierminister George Tatarescu, der bis vor kurzem den Posten des Außenministers bekleidet hatte, ist laut AFP am 6. 1. von den rumänischen Behörden angewiesen worden, seine Wohnung in Bukarest nicht zu verlassen. (Dena)

Neu Delhi. 4000 Aufständische griffen am 6. 1. unter Einsatz von Artillerie, mittleren und leichten Maschinengewehren die indischen Stellungen in der Provinz Kaschmir an. Es war der erste größere Tagesangriff, seitdem die Kämpfe vor ungefähr zehn Wochen begannen. (Dena-Reuter)

Stuttgart. Der vom Länderrat der Militärregierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Beaufsichtigung von Kreditinstituten wurde von der US-Militärregierung abgelehnt. (hue)

Bad Nauheim. Alle Personen, die durch unmittelbare Kriegseinwirkungen oder infolge militärischen Dienstes Gesundheitsschäden erlitten haben, müssen sich bis spätestens 31. Januar 1948 bei der für ihren Wohnort zuständigen Ortskrankenkasse oder Kriegsversehrten-Betreuungsstelle zur Anmeldung ihrer Ansprüche auf Grund des Körperbeschädigten-Leistungsgesetzes melden. (Dena)

Essen. Dr. Karl Spiecker, stellv. Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei und Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen im Exekutivrat, begeht am 7. Januar seinen 60. Geburtstag. — Im Ruhrgebiet kam es am 5. 1. infolge der schlechten Lebensmittelversorgung an verschiedenen Orten zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen. (Dena/DPD)

Düsseldorf. Die KPD-Landesleitung Nordrhein-Westfalen hat den früheren Lizenzträger und Verlagsleiter der Düsseldorfer KPD-Zeitung „Freiheit", Max Dahlhaus mit sofortiger Wirkung aus der KPD ausgeschlossen. Als Grund für den Ausschluß wird „sein Verhalten in der Illegalität" während der Nazizeit angegeben. — Das nordrhein-westfälische Kabinett verabschiedete in seiner Montagsitzung den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Korruption und Mißwirtschaft. (Dena)

Berlin. Ein Beamter der britischen Kontrollkommission bezeichnete die Mitteilung des hessischen Ministers für politische Befreiung vom 31. Dezember, daß Einstufungen in die Entnazifizierungskategorie 4 der britischen Zone in der US-Zone nicht anerkannt würden, als unrichtig. — Mit der Durchführung des von dem Transportausschuß der UN gefaßten Übereinkommens über die Rückerstattung von Eisenbahnwaggons sollen 16 000 Güterwagen, die im Zuge des Warenaustausches zwischen der Bizone und verschiedenen europäischen Ländern und Gebieten in diesen Ländern verblieben sind, bis zum 15. Februar an die britische und die US-Zone zurückgegeben werden. (Dena)

Markos und Michael

Die Vorgänge in Griechenland und Rumänien, die Proklamierung also einer Regierung der griechischen Guerillas durch ihren Chef, General Markos, und die Abdankung König Michaels, sind Zeichen der gesteigerten Aktivität der Sowjetpolitik im Balkanraum.

Nachdem am 1. September 1946 ein griechischer Volksentscheid 73 Prozent der Stimmen für die Monarchie ergab, setzte nach der am 23. September 1946 erfolgten Rückkehr des Königs die Arbeit der Opposition verstärkt ein. Die Entwicklung erreichte einen Höhepunkt, als im Juli 1947 eine Verschwörung von Kommunisten und EAM-Angehörigen gegen die Staatsgewalt aufgedeckt wurde, die eine Verhaftungswelle zur Folge hatte. Sie vermochte die offen aufgetretene Aufstandsbewegung nicht zu unterdrücken, der es unter Führung des Guerilla-Generals Markos gelang, ungefähr ein Fünftel des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen. Seine Unterstützung bezieht General Markos, der den Ehrgeiz hat, ein zweiter Tito zu werden, über die albanische und jugoslawische Grenze. Daß der spiritus rector dieser Hilfe die Sowjetunion ist, stellt ein öffentliches Geheimnis dar. Die griechische Regierung wandte sich im März v. J. mit der Bitte um finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung an die Vereinigten Staaten. Truman hielt seine bekannte Rede, in der er sich gegen eine Veränderung des status quo unter Verletzung der Charta der UN für die Hilfeleistung an Griechenland und zugleich die Türkei mit der Feststellung einsetzte, Ziel der US-Politik sei die Schaffung von Verhältnissen, in denen die Nationen zu einem Leben frei von Zwang in der Lage seien. Griechenland erhielt 250 Millionen Dollar Anleihe, Ende August 1947 wurde die Lieferung von Waffen und Lebensmitteln für die griechischen Streitkräfte durch die Vereinigten Staaten beschlossen und in die Wege geleitet. Die griechische Armee hat seither den Kampf gegen Markos, auf dessen Kopf 20 Millionen Prämie ausgesetzt sind, mit guten Erfolgen geführt. Es ist ein Schachzug Markos, der für aktive Hilfe der Sowjetunion und Jugoslawien die rechtliche Voraussetzung schaffen soll, daß er kürzlich die Bildung einer Regierung der griechischen Aufständischen proklamiert hat. Markos, neuerdings bei Konitza schwer angeschlagen, ist in starker Bedrängnis.

Es bleibt abzuwarten, ob sein Schachzug ihm offene Hilfe einbringen wird. Bisher ist seine Regierung noch von keinem Staat anerkannt worden. Die legitime griechische Regierung ist gewillt, ihren Erfolg nach Kräften auszunützen. Eine neue und starke Vergrößerung der Armee ist in Angriff genommen worden, zugleich wurde die KP, die sich zu den Aufständischen bekennt und sie unterstützt, verboten. Die indirekte russische Aggression hat zur Zeit in Griechenland eine ernste Niederlage erlitten.

In Rumänien dagegen hat Rußland seine Position verankert. Das äußere Merkmal dafür ist die Abdankung des Königs Michael, unter einem im Grunde gleichgültigen Vorwand erzwungen, um den Kräften der rumänischen Opposition den Ansatzpunkt für eine Kristallisierung zu nehmen.

Anna Pauker, die jetzt das Außenministerium Rumäniens verwaltet, erklärte 1944, die rumänische KP zähle nur 1000 Mitglieder. Das war kein Hindernis für die kommunistische, von der Sowjetunion inspirierte und geförderte Durchdringung Rumäniens. Wyschinski brachte im März 1945 die „National-Demokratische Front" an die Macht, von Beginn an eine künstliche Schöpfung, völlig durch die KP kontrolliert. Im Dezember 1945 stimmte Byrnes, da die UdSSR sich weigerte, ihre Unterstützung Grodzas aufzugeben, einem Kompromiß zu, der König Michael zwang, Grodzas Regierung anzuerkennen.

Das durch die Moskau hörige Regierung Grodza abgegebene Versprechen, freie Wahlen abzuhalten, wurde endlich im November 1946 eingelöst. Die Regierungspartei erzielte drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, die nächststärkste Partei war die Bauernpartei Manius. Die Opposition beschuldigte die Regierung des Wahlterrors, focht das Wahlergebnis an und verlangte — erfolglos — eine Neuwahl. Die Folge war ein scharfes Vorgehen Grodzas gegen die Opposition, deren Anhänger ohne Untersuchung in Massen gefangengesetzt wurden. Proteste der USA und Großbritanniens wurden als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten" des Landes zurückgewiesen. Der Terror setzte sich fort, ohne daß der Monarch — nur durch die Bauern gestützt, im übrigen eine Puppe ohne Regierungsgewalt, die allein beim Kabinett und der Besatzungsmacht liegt — etwas verhindern konnte. Im Juli 1947 wurde die Bauernpartei aufgelöst, da sie den Sturz der Regierung erstrebt habe, ihr Leiter, der greise Dr. Maniu, zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Damit war König Michael der letzten Stütze beraubt. Da vorher die Vereinigten Staaten und Großbritannien den Friedensvertrag mit Rumänien ratifiziert hatten, entfiel für das Kabinett Grodza der letzte Grund zur außenpolitischen Rücksichtnahme — und so entledigte es sich des Königs. Kein Zufall, daß dies nach dem Besuch König Michaels in London geschah. Die Möglichkeit direkter Besprechungen ohne Kontrolle, die sich dem König in London bot, war dem Kabinett unerträglich. Um etwaigen Folgen etwaiger Londoner Ermutigungen des Königs vorzubeugen, wurde er ausgebotet. Auch die rumänische Verfassung sieht das Recht der Nation vor, ihre Regierungsform zu bestimmen, ihre Regierung zu wählen. Michaels Absetzung, denn nichts anderes ist die „Abdankung", geschah ohne Befragung des Volkes, wie auch die Ausrufung der „Volksrepublik Rumänien" ohne Volksabstimmung, vielmehr kurz und bündig durch das Kabinett erfolgte. Das Land, dessen Hauptindustrien — Erdöl und Holz —, dessen Bank- und Transportwesen größtenteils durch Rußland kontrolliert werden, ist praktisch russische Provinz geworden. Das ehemals freie Rumänien hat ein Schicksal erlitten, dem zu entgehen Griechenland kämpft. W. S.

Kleine Vollversammlung konferiert

Lake Success, 7. Jan. (AP) Unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Trygve Lie, eröffnete die „Kleine Versammlung" am 5. d. Mts. ihre Sitzungsperiode 1948 ohne die Teilnahme Sowjetrußlands und fünf weiterer osteuropäischer Staaten.

„Ich bin überzeugt", sagte Trygve Lie, „daß die ‚Kleine Versammlung' einen konstruktiven Beitrag zur Wirksamkeit der Generalversammlung leisten und dadurch die Vereinten Nationen als Gesamtheit festigen kann."

Der mexikanische Vertreter Louis Padilla Nervo wurde zum Vorsitzenden der Kleinen Versammlung gewählt, bis die Generalversammlung im September erneut zusammentritt. Stellv. Vorsitzender wurde der Abgeordnete Belgiens, Fernand van Langenhove.

Rohtabak eingetroffen

Bremen, 7. Jan. (Dena) Insgesamt 97 000 Kilo Rohtabak für die Bizone trafen am 5. d. Mts. ein, wie die Arbeitsgemeinschaft des Rohtabakhandels am Dienstag mitteilte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ein zitronengelbes Wunder

Am Sonntag sah ich in diesem Jahr den ersten Schmetterling. Und zwar nicht etwa einen verstaubten und an einer garstigen Nadel aufgespießten, der vor Jahren unfreiwillig einem Ätherrausch erlag, sondern einen quicklebendigen, den offenbar die linden Lüfte so lieblich angesäuselt hatten, daß er es in seinem Versteck nicht mehr aushielt. Es war ein richtiger Zitronenfalter, und er segelte in dem bekannten Schaukelflug über den Tümpeln der letzten Sintflut hinter der Rappenwörter Brücke.

Ob der bunte Sommervogel seinen ersten Ausflug gut überstanden hat, ist fraglich. Wahrscheinlicher ist sogar, daß ihn recht bald ein Spatz oder sonst ein gefräßiges Ungeheuer weggeschnappt hat. Immerhin: wie er in seiner fast unwirklich anmutenden Farbigkeit dahertorkelte, fühlte er sich augenscheinlich sauwohl und erinnerte mich mit seinem hochgemuten Zickzackkurs lebhaft an einen Begegner, der in der Frühe des Neujahrstages mir trällernd über den Weg lief. Obschon er (der Zitronenfalter natürlich) wahrscheinlich noch keine Gelegenheit gehabt hatte, irgendwo zu tanken. (Wie schade übrigens, daß nicht auch uns aus einem linden Lüftchen so ein solider Rausch anfliegt.)

Selbstredend habe ich zu Hause sofort in hundertjährigen und anderen Kalendern nachzuschlagen versucht, was es mit einem Schmetterling am 3. Januar auf sich hat. Aber ich fand den gesuchten Vermerk und eine entsprechende Voraussage weder in Vers noch in Prosa. So daß also zu vermuten ist, daß es eine solche Naturerscheinung bis dato überhaupt noch nicht gegeben hat. Wohl aber entsann ich mich, irgendeinmal gelesen zu haben, daß zu Olims Zeiten einmal zu Ostern die ersten Kirschen gereift seien, woraus denn, wenn's stimmt, ohne weiteres hervorginge, daß in jenem gesegneten Jahr die Bäume bereits im Januar geblüht haben müßten.

Der erste, sehr frühe Zitronenfalter darf uns jedenfalls hoffen lassen. Und selbst wenn uns Nordwinde diese Hoffnung nächstens wieder einfrieren lassen sollten: vorerst wollen wir sie gläubig hegen. Im übrigen: wir sind ja einigen Kummer gewöhnt. Nicht erst seit gestern. S.

KURZE STADTNOTIZEN

Zur Oberbürgermeisterwahl

Für die am 1. Febr. stattfindende Karlsruher Oberbürgermeisterwahl werden CDU und DVP keine Kandidaten nominieren, während von der SPD wiederum Oberbürgermeister F. Töpper aufgestellt wird. Die KPD ist noch zu keinem endgültigen Entschluß gekommen.

*

Die Wählerliste zur Oberbürgermeisterwahl liegt bis einschließlich Freitag, 9. Jan., bei der Wahlgeschäftsstelle, Gartenstraße 53, Zimmer 32, zur Einsicht der Wahlberechtigten auf und zwar durchgehend von 8—18 Uhr. Nach Ablauf der Auflegungsfrist ist eine Einsprache nicht mehr zulässig.

Anmeldung von öffentlichem Gut. Im Amtsblatt für den Stadtkreis Karlsruhe macht das Wirtschafts- und das Finanzministerium in einer Bekanntmachung darauf aufmerksam, daß bewegliche Gegenstände, die sich im Eigentum der früheren Wehrmacht, der NSDAP oder einer der im Anhang zum Kontrollratsgesetz Nr. 2 aufgeführten Organisationen befanden, anzumelden sind. Die Meldungen sind bis zum 15. Jan. für den Stadtkreis Karlsruhe an das Bürgermeisteramt zu richten.

Spende. Die Kohlengroßhandlung Krauß-Bühler, Händelstraße 13, hat der Notgemeinschaft die Summe von 500 RM zur Verteilung an Kranke und Arme überwiesen.

Zopfabschneider am Werk. An der Theaterkasse wurde einem 11jährigen Mädchen ein Stück ihres Zopfes abgeschnitten; einem anderen Mädchen in einer vollbesetzten Straßenbahn in der Weststadt. Nach der Beschreibung des flüchtigen Täters handelt es sich um den gleichen, der am Weihnachtstag in einer überfüllten Straßenbahn in der Südstadt einem Mädchen ebenfalls die Zöpfe abgeschnitten hat.

Eine Eheberatungsstelle ist von der Karlsruher Frauengruppe eingerichtet worden. Die Beratungen finden jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr in der Sofienstraße 43 (Kindergarten) statt. Etwaige schriftliche Anfragen können an Frau Dr. Libal, Roggenbachstraße 10, gerichtet werden.

Frohe Kinderstunde. Die Frauen der CDU des Stadtkreises Karlsruhe hatten am ersten Januar-Sonntag die Kinder von Vermißten und Kriegsgefangenen ins Bonifatiushaus zu einer Beschenkung eingeladen. Frau Stadträtin Anna Walch entbot den Kindern und ihren Müttern einen herzlichen Willkommengruß. Mit einem sinnig gestalteten Programm wurde eine frohe Unterhaltungsstunde geboten. Frau Deta Löw hatte für diese Kinderfeier einen Prolog und ein Spiel: „Die Brezelfrau von Karlsruhe und die drei Könige" verfaßt. Das Spiel leitete zur Bescherung über. Frl. Magda Plaicher sang Lieder von Haas, begleitet von Frl. Gabriele Kunze. Es war ein schöner Nachmittag für die Kleinen, an dem auch die Großen ihre Freude hatten. -l-

Bad. Staatstheater. Die für Samstag, 10. 1. 1948, angesetzte Sondervorstellung „Im weißen Rößl" für die Badenwerk A.G. beginnt schon um 13.30 Uhr.

Touristenverein „Die Naturfreunde". In Fortsetzung der Wintervorträge spricht am Freitag, 9. Januar 1948, 20 Uhr, im Vereinslokal „Bavaria" Regierungsoberschulrat Köbele über „Alpines Wandern".

Geburtstage. Frau Frieda Birkenmeier Wwe., Hirschstr. 19, beging am 6. 1. 1948 ihren 80. Geburtstag, und am 9. 1. 1948 feiert Frau Barbara Geigle, Lessingstr. 31, ihren 80. Geburtstag.

Katastrophale Fettversorgung

Die neue Rathausfraktion der SPD beschäftigte sich in ihrer ersten, konstituierenden Sitzung am 7. 1. u. a. mit der Ernährungslage und beauftragte den Oberbürgermeister, in der nächsten Stadtratssitzung Erklärungen über den Grund der schlechten Ernährungssituation, insbesondere der katastrophalen Fettversorgung, abzugeben, und gleichzeitig eine Stellungnahme des Landesernährungsamtes herbeizuführen. Insbesondere soll der Oberbürgermeister den in der Stadt kursierenden Gerüchten nachgehen, denen zufolge größere Mengen von Fleischkonserven infolge nicht sachgemäßer Lagerung angeblich dem Verderb entgegengehen. Auch soll nachgeprüft werden, ob die aus den Viehschlachtungen wegen Futtermangels eingedosten Fleischmengen so erfaßt sind, daß der Bestand für die spätere Versorgung der Bevölkerung restlos gesichert ist. Angeregt wurde ferner, die seit Monaten in größeren Mengen gelagerten Hülsenfrüchte alsbald zusätzlich zur Ausgabe zu bringen, um damit dem vorgesehenen Satz von 1500 Kalorien etwas näher zu kommen. (-dt-)

Abschied von der Weihnachtszeit

Ganz ohne Weihnachtsfreude ist niemand geblieben

Mit dem Epiphaniefest verabschiedete sich die „fröhliche, selige, gnadenbringende Weihnachtszeit". Während im Landesteil Nordwürttemberg unseres gemeinsamen notgeborenen Staates dieses zweite Hochfest der Weihnachtszeit als gesetzlicher Feiertag begangen wurde, ging der Dreikönigstag in Nordbaden als gewöhnlicher Werktag vorüber. Lediglich in den katholischen Gemeinden und Pfarreien wurde er nach altem Brauch und seiner Bedeutung entsprechend gefeiert. Auch das Funkprogramm des Stuttgarter Senders war ganz auf den Feiertag abgestimmt. Warum in ein und demselben Staat immer noch diese unterschiedliche Behandlung nicht nur der Feiertage — beim Buß- und Bettag im vergangenen November hatten wir den gleichen Fall —, sondern auch in vielen anderen Dingen materieller und geistiger Art? Wobei Nordbaden bis jetzt stets im Nachteil blieb und es auch bleiben wird, wenn seine Vertreter in Stuttgart künftig nicht stärker auf die Pauke schlagen.

Ein bißchen Licht und Freude hat die Weihnachtszeit auch in das einsamste Herz und finsterste Kämmerlein hineinstrahlen lassen und das Dunkel unserer Gegenwart um ein Weniges erhellt. Mancher Kriegsgefangene kehrte zu den Festtagen in die Heimat zurück und feierte unter dem Christbaum Wiedersehen mit Eltern und Geschwistern, mit Frau und Kindern. Durch die Notgemeinschaft, Caritas, Innere Mission und Arbeiterwohlfahrt wurde zahlreichen Familien eine zusätzliche Weihnachtsfreude bereitet. Die ungezählten Weihnachtsfeiern der Gesang- und Musik-, der Turn- und Sport-, der kirchlichen und kulturellen Vereine, der Parteien und sozialen Verbände, der Frauen- und Jugendgruppen, der Betriebe und Gewerkschaft, meist verbunden mit einer Kinderbescherung, haben Tausenden von Menschen in Stadt und Land christfestfrohe Stunden geschenkt. Auch die einzelnen Truppenteile der US-Besatzungsmacht halfen wieder mit, vielen deutschen Kindern eine schöne Weihnacht zu bereiten. Wenn auch der Vater Staat in seinem unfreiwilligen Ohnmachtszustand nicht in der Lage war, die Normalverbraucher mit einer weihnachtlichen Sonderzuteilung zu überraschen, so hatten wir doch die Genugtuung, daß wenigstens unsere Kinder und Jugendlichen von der Hoover-Schulspeisung mit einer nahrhaften Weihnachtsspende bedacht wurden.

Die BNN konnten aus Raum- und Papiernotgründen leider nicht im Einzelnen über die vielen und teilweise auch künstlerisch hochstehenden Weihnachtsfeiern berichten, wie es früher in den Zeitungen üblich war, aber ganz unerwähnt, wenigstens in dieser allgemeinen Form, soll auch das weihnachtliche Geschehen 1947 außerhalb des kirchlichen Raumes und der Familie nicht bleiben. L. A.

Der Pforzheimer Raubmord aufgeklärt

Wegen einer Armbanduhr wurde ein 18jähriger zum Raubmörder

Die Kriminalpolizei, Hauptstelle Karlsruhe, teilt mit:

„Im Zusammenwirken mit der Bevölkerung gelang es der Kriminal-Abteilung der Landespolizei in Pforzheim den Mörder, der am 29. 9. 1947 auf dem Wege zwischen Kupferhammer und Huchenfeld die Helene Wüst beraubt und getötet hat, zu ermitteln und festzunehmen. Er ist geständig. Es handelt sich um den 18 Jahre alten Hilfsarbeiter Kurt Peschek aus Saaz (C.S.R.). Angeblich nur um in den Besitz einer Uhr zu kommen, hat er die Tat begangen. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen."

*

Wie wir hierzu erfahren, fand dieser Tage ein Zwölfjähriger im Hamberger Wald eine Handtasche der am 29. Sept. 1947 ermordeten Helene Wüst. Die Landespolizei wurde unterrichtet und ließ sich den Fundort der Handtasche zeigen. Eine weitere Nachsuche hatte den Erfolg, daß auch noch ein Halstuch der Ermordeten aufgefunden wurde. Danach war anzunehmen, daß der Fundort dieser Gegenstände mit dem Tatort identisch war, und die Leiche vermutlich durch den Täter an den Auffindungsplatz geschleppt wurde. In dem Waldabschnitt, in dem sich der Tatort befindet, sind Arbeiter im Holzeinschlag tätig, unter denen sich auch der nunmehr verhaftete Kurt Peschek befand. Es gehörte zu seinen Obliegenheiten, Holz als Brennmaterial bei der städtischen und der Landespolizei in Pforzheim abzuliefern. Da sich am 15. Okt. bei der Polizei eine Amalie Peschek mit der Angabe gemeldet hatte, sie sei beim Holzsammeln von einem Mann überfallen worden, auf den die der Landespolizei vorliegende Beschreibung voll und ganz zutreffe, schöpfte die Polizei Verdacht, weil die Peschek die Schwester des Kurt Peschek ist, der seit dem Mordtage an der bisherigen Arbeitsstelle nicht mehr erschienen war und keine Holzablieferung bei der Polizei mehr vorgenommen hatte. Peschek wurde festgenommen und legte ein Geständnis ab. Er will die Tat begangen haben, um in den Besitz einer Armbanduhr zu gelangen. Er erbeutete bei seinem Mord an Helene Wüst eine Armbanduhr, die sie trug und eine zweite, die sie in Papier gehüllt in ihrer Handtasche bei sich führte. Beide Uhren wurden bei der Haussuchung in der Wohnung des Peschek gefunden. Amalie Peschek, die bei dem von ihr berichteten Überfall ihre zur gleichen Zeit unweit von ihr mit Holzsammeln beschäftigte Mutter um Hilfe rief, behauptete bei Gegenüberstellung mit einer anderen der Tat verdächtigen Person, in dieser den Täter zu erkennen. Durch diese Aussage wurde die Arbeit der Polizei sehr erschwert. Interessant ist, weil charakteristisch für die Beobachtungsgabe und die erforderliche aktive Mitwirkung bei der Aufklärung von Kapitalverbrechen, daß der Täter fast täglich nach Pforzheim kam, daß aber seine Angabe, er habe die im Gesicht deutlich sichtbaren schweren Kratzspuren bei einer Schlägerei davongetragen, den ihn Befragenden völlig ausreichend erschien, und niemand Anlaß zu weiteren Nachforschungen sah. Die Ermittlungen gehen weiter. -dt-

★

Einbrüche und Diebstähle. Bei einem nächtlichen Einbruch wurden aus einem Hasenstall in der Schützenstraße elf Hasen gestohlen. — Ebenfalls bei einem nächtlichen Einbruch in verschiedene Gartenhütten in Durlach wurden zahlreiche Hühner und Hasen gestohlen. — Über die Feiertage wurden im Turmberggebiet drei Gartenhäuser erbrochen und daraus Geräte und Einrichtungsgegenstände gestohlen.

Mutwilliger Feueralarm. Von unbekannten Tätern wurden die Feuermelder in der Sonnenstraße und Ludwig-Marum-Straße mutwillig betätigt, so daß die Feuerwehr unnütz zum Einsatz kam.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst K'he.

Vorübergehende Wetterberuhigung. Vorhersage bis Freitagabend: Zunächst bei mäßigen bis frischen Winden aus Nordwest bis West wechselnd bewölkt mit Regenschauern, in höheren Lagen teils als Schnee. Am Freitag anfangs heiter, später erneute Eintrübung mit nachfolgenden Niederschlägen. Tageshöchsttemperaturen 5—8 Grad, Tiefstwerte in der Nacht zum Freitag in Aufheiterungsgebieten nahe 0 Grad.

Rheinwasserstände. 6. Jan.: Konstanz 349 (+ 3), Breisach 298 (— 14), Kehl 382 (— 40), Maxau 666 (— 12), Mannheim 670 (+ 5), Caub 577 (+ 3). 7. Jan.: Konstanz 352 (+ 3), Breisach fehlt, Kehl 370 (— 12), Maxau 615 (— 51), Mannheim 640 (— 30), Caub 585 (+ 8).

Roman um einen falschen Arzt

Hochstapeleien, die leicht gemacht wurden

Nachstehend der Kurzroman um den „Dr. med." Georg Nahr, 1913 in Hamburg geboren; nach dem Besuch der Volksschule Bote in verschiedenen Betrieben, anschließend in gleicher Eigenschaft und später als Laborant im Tropeninstitut; 1939 Soldat; 1942 wegen eines Lungenleidens aus der Wehrmacht angeblich als Assistenzarzt entlassen; Eröffnung einer ärztlichen Praxis, die, nachdem die Selbstpromotion ans Licht gekommen ist, geschlossen wird und Nahr 9 Monate Gefängnis einbringt; einige Jahre Zurückgezogenheit in Thüringen; nach dem Kriege wird der „Facharzt für Blut- und Tropenkrankheiten", der als „politisch Verfolgter und KZ-Insasse" hochstapelt, mit einem Gehalt von RM 600.— Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalt in Greiz; schon bemüht er sich um den Posten eines Ärzteführers des Landes Thüringen, aber da wird er von einem wirklichen Arzt des Hamburger Tropeninstituts, den der Weg zufällig in die Gegend geführt hat, entlarvt; der frühere „KZ-Insasse" wird zwar bald aus der Haft entlassen, flüchtet aber unter dem Verdacht, eine Abtreibung vorgenommen zu haben und in Schwarzhandelsgeschäfte verwickelt zu sein, nach Baden. Nach einem erfolglosen Versuch, in Karlsruhe Boden zu fassen, Bewerbung beim staatlichen Gesundheitsamt Bruchsal um die Stellung eines Assistenzarztes in einem Krankenhaus, der aber wegen Fehlens einer Vakanz nicht entsprochen werden kann; hierauf Anstellung des „Dr. med. Chemie" (!) in einer pharmazeutischen Firma in Heidelsheim; kurz nachher Versuch, sich selbständig zu machen und Gründung der Firma „Cebulla, Dr. Nahr & Co., G.m.b.H., Pharmazeutische Präparate" in Helmsheim und nach einigen Monaten: erneute Entlarvung. Festnahme und am 7. 1. 1948 Verhandlung vor der Strafkammer II Karlsruhe (Vorsitzender: Landgerichtsrat Dr. Rother).

Vor Gericht war Nahr in vollem Umfang geständig und rettete sich damit die einzige ihm noch gebliebene Chance. Als mildernde Umstände ließ der Staatsanwalt gelten, daß wenigstens zuerst nicht Gewinnsucht, sondern ein übertriebenes Geltungsbedürfnis das Motiv der Schwindeleien und der mit ihnen verbundenen Urkundenfälschungen gewesen war, daß N. trotz starker Hemmungslosigkeit sich wenigstens soweit gezügelt hatte, daß ihm keine Fehldiagnosen vorgeworfen werden konnten, und daß ihm seine Hochstapeleien auch von amtlichen Stellen bedenklich leicht gemacht worden waren. Trotzdem müsse aber angesichts der Tatsache, daß die Fälle von falschen Ärzten, Diplomingenieuren, Diplomforstleuten usw. allein im Karlsruher Bezirk einen Jahresdurchschnitt von 60—80 erreicht hätten, endlich ein Exempel statuiert werden. Antrag: 2 Jahre Gefängnis.

Das Urteil sprach wegen Vergehens gegen die Reichsärzteordnung und die Verordnung über den Gebrauch akademischer Titel, Betrug, Urkundenfälschung, Fragebogenfälschung — N. hatte verschwiegen, daß er schon seit 1931 Pg gewesen war — usw. die Strafe in der geforderten Höhe aus und rechnete 4 Monate Untersuchungshaft an. Die Frage, ob „Dr. med. Nahr" später wieder eine Praxis eröffnen wird, blieb offen. Man konnte immerhin den Eindruck haben, daß er berufsmüde geworden sei und es endlich aufgegeben habe, an einer Menschheit herumzudoktern, die sich von ihm nicht helfen lassen will. S.

Wem gehörten die Kraftwagen?

Gefängnis- und saftige Geldstrafen für Schwarzhändler

Vor der Strafkammer I hatten sich am Montag sieben Personen zu verantworten, denen vorgeworfen wurde, gestohlene Kraftwagen im Schwarzhandel erworben und weiter verkauft bzw. hierzu Beihilfe geleistet zu haben. Am stärksten belastet war der 23jährige Kaufmann Ernst Heid jr., neben dem seine Eltern, Ernst H. sen. und Frieda H., auf der Anklagebank saßen. H. jr. hatte sich von einem Ausländer in der französischen Zone sieben Kraftwagen an Hand geben lassen und zwei von ihnen zu den heute üblichen Schwarzhandelspreisen veräußert; zwei weitere Wagen wurden von einer Dienststelle in Baden-Baden, weil sie französischen Offizieren gestohlen worden waren, zurückgeholt, drei weitere von der deutschen Polizei sichergestellt.

Die Anklage ging von der Annahme aus, daß H. jr. einen gewerbsmäßigen Handel mit gestohlenen und aus der französischen Zone nach Karlsruhe verbrachten Autos getrieben bzw. zu treiben versucht habe und daß der ausländische Lieferant der Wagen möglicherweise eine fingierte Persönlichkeit von der Art des großen Unbekannten sei. Der schlüssige Nachweis hierfür war aber durch die Hauptverhandlung nicht zu erbringen, und so stark die Angelegenheit auch nach Hehlerei schmeckte, so konnte das Gericht sich doch nicht entschließen, auf einen Indizienbeweis hin den Hauptangeklagten in die Zuchthausstrafe von 1½ Jahren zu nehmen, die der Staatsanwalt beantragt hatte.

Das Urteil lautete gegen Ernst Heid jr., H. sen. und Frau H., die nebenher noch in Zusammenhang mit einem Schwarzhandel mit elektrischen Bügeleisen (das Stück zu 280 RM) und Kompensationsgeschäften mit Lebensmitteln gebracht wurden, wegen Verbrechens gegen die Kriegswirtschaftsverordnung und Preisüberschreitung auf 1 Jahr bzw. 8 und 2 Monate Gefängnis, sowie für die Erstgenannten auf Geldstrafen von 30 000 bzw. 3000 Mark, gegen die Angeklagten L. und K. auf eine Geldstrafe von je 1500, gegen Sch. auf eine solche von 500 Mark und 1 Monat Gefängnis, während der Angeklagte V. freigesprochen wurde. 4 Kraftwagen, ein Mehrerlös von 27 000 Mark, 3 Bügeleisen und 20 kg Mehl wurden eingezogen. S.

DIE WIRTSCHAFT

Bilanz 1947: Rohstahl- und Eisenerzeugung

Londoner Konferenz — Industrieplan — Europäischer Bedarf 1948

Die Londoner Konferenz ist im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen Ost und West nicht unerwartet gescheitert. Außenminister Molotow forderte die runde Summe von 10 Milliarden Dollar als Reparationen, zu entnehmen der laufenden Produktion. Wenn nach augenblicklichen Schätzungen die deutsche Produktion mit jährlich ca. 4 Milliarden Dollar beziffert wird, kann man sich ungefähr vorstellen, wie lange Deutschland ohne Eigennutz arbeiten muß, um allen, d. h. den Reparationsansprüchen aller, durch das Potsdamer Abkommen rechtlich befugten Länder gerecht zu werden. Auf der Konferenz erzielten die vier Außenminister am 11. Dezember ein Übereinkommen, demzufolge dem deutschen Industrieplan ein Produktionsniveau von 11,5 Mill. t zugrunde liegen soll.

Im Hinblick auf das Scheitern der Londoner Konferenz erhebt sich nun die Frage, ob dieses Übereinkommen aufrechterhalten wird oder nicht. Bisher ist eine amtliche Verlautbarung darüber weder vom Außenministerrat noch von den Vereinten Nationen bekannt gegeben worden. Man kann daher annehmen, daß auch dieses Übereinkommen als annulliert betrachtet werden muß. Nach der Ablehnung der sowjetischen Reparationsforderungen werden die USA, wie Präsident Truman kürzlich bekanntgab, im Rahmen des US-Hilfsprogrammes auch Westdeutschland in den Marshall-Plan einbeziehen, um diesem wirtschaftlich und industriell aus der Europa gefährdenden Lähmung auf den Stand von 1936 zu verhelfen. Nicht nur Deutschland allein, sondern Europa soll durch produktive Mithilfe einer leistungsfähigen westdeutschen Wirtschaft wieder aufgebaut werden. Nur durch Taten und nicht durch unfruchtbare Konferenzen kann der wirtschaftliche Nullpunkt überwunden werden. Die Ausgangsbasis ist dafür die Rohstahlerzeugung, die, um den bisherigen Produktionsstand zu veranschaulichen, im Jahre 1947 nur 2,7 Mill. t betrug, das Produktionsziel von 3 Mill. t also nicht ganz erreichte. Im gleichen Zeitraum belief sich die Roheisenerzeugung sowie die Erzeugung von Walzwerkfabrikaten auf 1,9 Mill. t; eine Produktion, die der von 1946 entspricht.

Der technische Unterausschuß des Pariser Komitees für europäische Wirtschaftszusammenarbeit hat eine sogenannte Vorschau für 1948 aufgestellt, die neben den beteiligten Ländern auch die Bizone mit einschließt. In dieser Vorschau wird die Rohstahlerzeugung der Bizone im Vergleich zu 1930 (7,8 Mill. t) und für 1948 mit 4,1 Mill. t und bis 1951 mit 10,0 Mill. t veranschlagt; die Fertigstahlproduktion dagegen (1930 13,4 Mill t), 1948 mit 3,1 Mill. t und bis 1951 mit 7,5 Mill. t.

Die in diesem Plan vorgesehene Produktion, die sowohl für Roh- als auch für Fertigstahl in den Jahren 1948—1951 eine Steigerung von 16 % erreichen würde, hat selbstverständlich eine Verbesserung der Rohstofflage und Modernisierung der Produktionsmittel zur Voraussetzung. Das Hauptproblem unter den Rohstoffen bildet die ausreichende Versorgung mit den zur Verhüttung benötigten Koksmengen. Zur Verwirklichung des Pariser Programms für 1948 werden, zuzüglich der Bizone etwa 65,6 Mill. t benötigt, während praktisch nur 53 Mill. t zur Verfügung stehen dürften. Großbritannien kann einerseits nicht genügend Koks liefern, während die westdeutschen Zechen die benötigten Mengen — zum Teil aus technischen Gründen — noch nicht fördern können. Für 1948 bleibt also abzuwarten, ob die Grundlagen für das Bedarfsminimum erreicht werden können, ehe man sich optimistischen Erwartungen hingibt. M. S.

Gewinnausschüttungsverbot in der Lebensversicherung. Die Versicherungsaufsichtsbehörden der brit.-amerik. Zone haben mit Genehmigung der Militärregierung eine Anordnung erlassen, wonach in der Lebensversicherung b. a. w. weder an die Versicherten noch an die Aktionäre Gewinne ausgeschüttet werden. Der Grund des Verbotes liegt vor allem darin, daß im Augenblick bei der Weiterführung der fiktiven Stillhaltewerte höchstens unechte Bilanzgewinne ausgewiesen werden könnten, die in keiner Weise dem wirklichen Wert eines großen Teiles des Aktivvermögens Rechnung tragen. Echte Gewinne können praktisch bei der gegenwärtigen Lage bis zur Konsolidierung der Reichsverschuldung von keinem Lebensversicherungsunternehmen erwirtschaftet werden. (WID)

Steinkohlenförderung 1947 ca. 72 Mill. t. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Dezemberförderung im Ruhrbergbau mit 6,5 Mill. t beträgt die Gesamtförderung an Steinkohlen im Jahre 1947 rund 72 Mill. t gegenüber 53,97 Mill. t im Jahre 1946. Die Braunkohlenförderung erhöhte sich 1947 auf nahezu 54,5 Mill. t gegenüber 47,8 Mill. t im Jahre 1946. Die Kohlenförderung der brit. Zone sank am 27. Dez. auf 199 330 t und am 28. Dez. auf 197 867 t ab. (Dena)

Erdölförderung. Im November ist die Erdölförderung in der brit. Zone auf 46 600 t zurückgegangen. (Dena)

Rohstahl- u. Eisenerzeugung der Bizone 1947. Rund 2,7 Mill. t Rohstahl sind nach den vorläufigen Schätzungen im Jahre 1947 in der Bizone hergestellt worden. Das Produktionsziel von ca. 3 Mill. t wurde also nicht ganz erreicht. — Die Roheisenerzeugung betrug im gleichen Zeitraum ca. 1,9 Mill. t. Diese Zahl entspricht der Produktionsleistung von 1946. Auch die Erzeugung von Walzwerkfabrikaten hielt sich mit ebenfalls 1,9 Mill. t auf dem Stand des Vorjahres. (Dena)

Kanadisches Aluminium für Bizone. Am 25. 12. 1947 trafen 1500 t kanadisches Aluminium für die Bizone ein. Das Aluminium, das zu zwei Dritteln in die brit. und zu einem Drittel in die US-Zone geht, ist u. a. für die Elektroindustrie und die Produktion von Milchkannen und Haushaltungsgerät bestimmt. (Dena)

Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co. A.G. in Bielefeld. Das Unternehmen erhielt im Frühjahr 1946 die vorläufige Produktionserlaubnis für die Herstellung von Ersatz- und Zubehörteilen für Reparaturen an Werkzeugmaschinen und für Lieferung an Bergbau, Eisenbahn, Kraftwagen- und landwirtschaftlichen Maschinenbau, Nähmaschinen-, Fahrrad- und Kabelindustrie. Diese Permit-Erteilung konnte sich in dem am 30. 6. 1947 abgeschlossenen Geschäftsjahr 1946/47 noch nicht auswirken, so daß sich ein neuer Verlust von 0,19 Mill. RM ergibt, um den sich der Vortrag auf 1,38 Mill. RM erhöht bei 2,5 Mill. RM Aktienkapital. (WID)

Tuchfabrik Aachen A.G. in Aachen. Die Verwaltung der Gesellschaft wird der Hauptversammlung am 16. Januar dividendenlose Abschlüsse vorlegen. Das Unternehmen ist trotz den knappen Zuteilungen an Rohstoffen mit einem großen Teil der Kapazität beschäftigt. Der Anteil für den zivilen Sektor hat sich bisher in engen Grenzen gehalten. (WID)

Isola-Werke A.G., Düren. Trotz großen Schwierigkeiten bei der Rohstoffbeschaffung für die Kunststoffindustrie konnte das Unternehmen die Produktion in allen vier Hauptabteilungen wieder aufnehmen. Es ist gelungen, ein unter Berücksichtigung dieser Umstände günstiges Ergebnis zu erzielen, so daß nur mit einem geringem Verlust zu rechnen ist. (WID)

Unterweser-Reederei A.G. in Bremen. Die ordentliche Hauptversammlung, in der 3 214 000 RM Aktienkapital vertreten waren, genehmigte einstimmig ohne Erörterung die bekannten Abschlüsse für 1945 und 1946 mit wieder 4,2 % Dividende auf die Vorzugsaktien. Die 2,5 Mill. RM Stammaktien blieben weiter dividendenlos. (vg)

Zur Währungs- und Geldreform

Entschließung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Sparkassen- und Giroverbände

Die öffentlichen Sparkassen, ihre Verbände und Girozentralen setzen sich dafür ein, daß bei der deutschen Finanz- und Geldreform die Ansprüche der Sparer aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen besonders berücksichtigt werden. Die Sparkassenorganisation hält eine das gesamte jetzige Reichsgebiet umfassende Regelung für notwendig, in deren Bereich auch die Härten beseitigt werden können, denen Millionen von Sparern aus den Ostgebieten heute noch ausgesetzt sind. Bei jeder Art von Währungs- und Geldreform muß sichergestellt werden, daß 1. das Bargeld einschließlich der Münzen keinesfalls besser behandelt wird, als das auf Giro- oder Sparkonto stehende Guthaben; 2. während und nach der Reform für Bar- und Giralzahlung die gleiche Regelung gilt, da sonst der Zahlungsverkehr behindert, das Vertrauen in das Spar- und Bankguthaben untergraben, Neueinzahlungen abgehalten und eine verschiedene Bewertung der einen oder anderen Zahlungsweise hervorgerufen würde; 3. etwa größere Kapitalforderungen wie Hypotheken und Pfandriefe, Industrieobligationen, Versicherungsansprüche u. a. m. keine bessere Regelung erfahren, als andere Kapitalmarkttitel; 4. Geld- und Sachwerte zeitlich und sachlich gleichmäßig betroffen werden, wobei neben den wirtschaftlichen auch die sozialen Erfordernisse zu berücksichtigen sind; 5. gleichzeitig Grundsätze für die Regelung sämtlicher Reichsschulden und Kriegsfolgen im Rahmen eines umfassenden, sozialen Lastenausgleichs verkündet werden.

Der Zeitpunkt der Währungs- und Geldreform muß so gewählt werden, daß diese endgültige, gesunde Geldverhältnisse und damit die Gewißheit schaffen kann, daß nicht — wie in anderen Ländern — schon in absehbarer Zeit eine erneute Geldwertminderung eintritt und die Kaufkraft des neuen Geldes weiterhin durch Sachwerthamstern und Naturaltauschmethoden bedroht bleibt. Die Sparkassen fordern, daß von Experimenten in der Art des Zwangs- oder Pflichtsparens Abstand genommen wird. Die Verwirklichung solcher Pläne würde das Sparen in Mißkredit bringen, die Rückkehr des notwendigen Vertrauens erschweren, die Gefahr der Kapitalfehlleitung heraufbeschwören und die Menschen um die Freiheit der Verwendung ihres Arbeitslohnes bringen. Die Sparkassenorganisation erwartet, daß bei jeder Beratung oder Entscheidung maßgebender Stellen über die Geld- und Währungsreform die Sachverständigen der deutschen Sparkassen gemäß der überwiegenden Bedeutung des von ihnen vertretenen Einlagenkapitals gehört werden.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US-WB-101. Verantwortl. Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Luise Schmitt geb. Mall, geb. 2. 2. 76, uns. lb. Mtt. u. Großm., verst. a. 6. 1. inf. Schlaganf. Beerd. 9. 1., 15.00, Bergfrdh. Durl. I. N. d. Hbl.: A. Rittersholer u. Frau.
Klaus-Jürgen Reichert, uns. lb. Kind, starb n. lg. schw. Leid. i. A. v. 10 J. F. erw. Anteiln. sow. H. Pfr. Hodapp u. H. Keller hzl. Dk. R. Reichert u. Fr., Neuburgw.
Benedikta Braun geb. Falk, m. lb. Frau, uns. treubes. Mutt. u. Oma, wurde v. ih. Ld. erl. Beerd. 8. 1., 10.45, Hptfrd. I. tf. Ld.: Aug. Braun u. Ang., M.-Alexandrast. 11

Ihre Verlobung geben bekannt:
Marga Wolf — Harry Gerhard Rügamer. Khe., Eschenweg 5, Yorckstraße 2. Silvester 1947.

Geboren:
Friedrich-Georg Albert! In gr. Freude: Albr. Hoepfner und Frau Leonore geb. Wunderlich. Karlsruhe, Jahnstraße 14.
Roland: Uns. Stammh. ist angek. Rud. Helfer u. Fr. Edeltrud geb. Rastetter, z. Zt. Priv.-Klinik Dr. Stich.
Günther Wolfgang: Uns. dritt. Junge ist angek. Karl Moldt u. Fr. Ilse geb. Weissflog, z. Zt. Priv.-Klinik Dr. Stich.
Peter Michael Kurt: Uns. Stammh. ist da. Claus Rose u. Fr. Trude gb. Neichel, H.-Thoma-St. 1, z. Z. Priv.-Kl. Dr. Stich.
Roswitha Maria ist da! In gr. Fr.: Otto Rihm u. Fr. Anna geb. Saffer, z. Zt. Priv.-Klinik Dr. Stich.
Lilian Silvia Erika ist angek. In gr. Fr.: Desiré Schmitlin und Frau Erika, Karlsruhe, Jollystraße 1. 24. 12. 47.

Amtliche Bekanntmachungen

Nährstücke. Für Kinder von 1—20 J. werden aufgerufen: 5 Nährstücke je 20 g auf Abschn. 93 des Beiblattes zum Karlsruher Haushaltausweis mit Kennzeichen „1—3 Jahre", „3—6 Jahre", „6—10 Jahre" u. „10—20 Jahre" in Verbindung mit Nährmittelabschn. über 100 g. Abrechnung mit Bestandsangabe bis 14. Februar 1948.

Krankeneier. Krankenzulageempfänger, die noch im Besitz von nicht eingelösten Krankeneierabschn. sind, können diese beim Ernährungsamt - Abt. Krankenzusatz - in Fischreisemarken umtauschen. An Stelle von 2 Eiern werden 125 g küchenfertiger Fisch ausgegeben. Karlsruhe, 5. Januar 1948. Ernährungsamt Karlsruhe-Stadt.

Das Landeswirtschaftsamt gibt bekannt: Ab sofort ist für dring. Bedarf ein Sonntagsdienst bei den Tankstellen der Stadt Karlsruhe eingerichtet worden. Durch Aushang bei den Tankstellen wird bekannt gemacht, welche Betriebe für den Sonntagsdienst, und zwar jeweils von 9 bis 13 Uhr, geöffnet sind.

Badische Kommunale Landesbank - Girozentrale - Öffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt, Mannheim z. Zt. O 4, 4: I. Auslosung unserer Hypothekenpfandbriefe: Am 11. Nov. 1947 sind folg. Teilbeträge uns. Pfandbriefreihen z. 1. 2. 48 ausgelost worden: a) RM 463 700.— unserer 4 % (7 %) Goldhypothekenpfandbriefe Reihe 3 Wertpapier-Nr. 21 322; b) RM 371 200.— uns. 4 % (4½ %) RM-Pfandbriefe Reihe 5 Wertpapier-Nr. 21 325; c) RM 179 500.— uns. 4 % RM-Pfandbriefe Reihe 6, Wertpapier-Nr. 21 327. Ziehungslisten mit den ausgelosten Nummern sowie den sonstig. Kündigungsbeding. könn. v. uns. Hauptanstalt Mannheim, z. Zt. O 4, 4, uns. Zweiganstalt Freiburg i. Br., Franziskanerstraße 57, Karlsruhe i. B., Zähringerstr. 96, sowie von der Nassauischen Landesbank, Frankfurt a. M., bezogen werden. Die Ziehungslisten enthalt. auch Ang. üb. d. Restanten aus früh. Verlosungen uns. Pfandbriefreihen. II. Die Aushändigung der zweiten Zinsscheinreihe unserer 4 % (4½ %) RM-Pfandbriefe Reihe 5 Wertpapier-Nr. 21 325 kann ab 1. Dez. 1947 bei den üblichen Zahlstellen beantragt werden. Auch hierüber sind in den oben erwähnten Ziehungslisten näh. Anweisung enthalt. Mannheim, 18. 12. 47.

Verloren / Gefunden

Gold. Armband verl. a. 5. 1. 1948, Linie 2. Bel. Daxlander Straße 37.
Gld. D.-Armb.-Uhr vl. (And.) S. g. Bel. Heß, Luisenst. 9.
Granatohrring verl. Gt. Bel. Külz, Daxlander Straße 137.
Gr. Geldbeutel Wohlschlegel verl. Nur Pap. u. Ring an Schweiß, Adlerstr. 22.
Geldbeutel Strb. Durl.—Oststr. vl. Gt. Bel. Abz. Fundbüro.
Zulassung f. BMW 750, abgest. Ulm/Donau, 3. 1. vl. Bel. Rüppurr, Langestr. 31.
R. K.-Schuh, br., vl. Gt. Bel. Gr.-Rhenast. 2, lks. T. 1004.
Pelzkragen gef. Pfeifer, Roonstraße 20, ab 5 Uhr.

Unterricht

Learn English, quickly from British-born expert teacher. Enrol 4—7 daily except Wednesday and Saturday. Jack F. Bubenheim, Khe., Hohenzollernstraße 10.
Steno u. Maschinenschreiben: Neue Lehrgänge beginnen lfd. im Lehrinstitut Ilil, Khe., Sophienst. 87, T. 8869.
Englisch, Franz., Russisch v. ausl. dipl. Sprachlehrer für Anf. u. Fortgeschr., Konversation, geschäftl. u. gesellschaftl. Briefwechs. u. a. Anmeld. Mo., Di., Do., Fr. v. 13—21 Uhr bei Dr. Petroff, Geranienstr. 14.
Tanzschule Wurmbach. Gesellschaftstanz bis zur Turnierreife, Gymnastik f. Frauen u. Kinder. Beg. neuer Kurse in priv. Räum. Anmeld. Kaiserallee 99, Haltestelle Richard-Wagner-Straße.
Tanzschule Vollrath, Karlsr. Beginn neuer Kurse u. Einzel-Unterricht. Anmeldung erb. Haizingerstr. 11 oder Bahnhofstr. 12. Tel. 8941.
Tanzschule Eisele, Sophienstraße 35. Für einen Sonntagskurs werd. noch Anm. von Damen angenom. Für einen Kurs f. über 25 J. können Anmeld. v. Ehep. u. Einzelpers. erfolgen.

Vermietungen

Saal an Montagen f. Vereine u. Gesellschaften mit und ohne Programm zu verm. Passage-Palast, Khe. Ruf 4742
Laden m. Nebenraum, Khe.-Zentrum, beste Geschäftslage, zum Selbstaufbau zu vermieten. ✉ 3078 BNN.
Gut möbl. Zimmer m. elektr. Heiz. an Herrn zu vermiet. ✉ unter 2720 an BNN.

Mietgesuche

Ausbauf. Laden i. gt. Gesch.-Lage ges. Beteil. an Mat.-Beschaffung u. Ausbau. ✉ unter 3004 an BNN.
50—100 qm Raum, auch leicht beschäd., m. Ausdehnmögl. (n. Beding.) i. Khe.-Bruchsaler Gegend ges. z. Aufb. einer Nagelfertig. Bil-✉ an Ob.-Ing. Behle, Frankfurt a. M.-Süd, Landwehr 82.
Landhaus od. Wohnung mit Stall. v. Pens. zu mieten ges.; evtl. Wohnungstausch. Fritz Lustke, (20b) Bad Lautersberg/Harz, Wissmannstraße 17 (brit. Zone).
Heim bei lieben Menschen v. geb. total fl.-gesch. Da. ges. Da. tücht. Hausfrau, auch i. frauenl. Haushalt. ✉ 2744 an BNN.
Zimmer u. Küche od. 2 Zi., evtl. Bad, bei Selbsthilfe-Ausbau ges. ✉ 3111 BNN.
Frdl. möbl. Zimmer, saub., in gt. Hause in Durlach o. Khe. von Kaufmann ges. ✉ unter 2666 an BNN.
Gut möbl. Zimmer v. alleinsteh. berufst. Frl. zu miet. ges. ✉ 2650 an BNN.
Gut möbl. Zimmer, beizb., m. fließ. Wasser od. Badben. (Süd- u. Oststt. ausgeschl.) v. Verlagsangest. gesucht. ✉ 2735 an BNN.
Gut möbl. Zimmer m. Kochgelegenheit für Herrn vom Staatstheater gesucht. ✉ unter 1987 an BNN.
Möbl. Zimmer, heizb., in Durlach v. berufst. Frl. sof. ges. ✉ 1506 an BNN Durl.
Möbl. Zimmer f. kaufm. Mitarbeiter zu mieten gesucht. Musikhaus Schlaile, Kaiserstraße 96, Ruf 7848.
Möbl. Zimmer, heizb., v. ält. Akad. sof. gs. ✉ 2573 BNN.
1 od. 2 möbl. Zimmer, zentr. gel., evtl. m. Bad u. Tel., v. alleinst. Geschäftsmann gesucht (auch aufbaufähig). ✉ unter 7347 an BNN.
Mod. 2—3-Z.-Wohnung mit Bad in gt. Lage West- od. Südweststt., 1.—III. St., z. Ausbau in Selbsthilfe ges. ✉ unter 3048 an BNN.

Wohnungs-Tausch

2 Büroräume, Nähe Hauptp., gg. 3 Büroräume (Masch.-Großhdlg.), Weststadt bvz. ✉ unter 3002 an BNN.
Gr. Zimmer, leer, gg. ebens., mögl. Daxl. ✉ 3024 BNN.
Sonn. 2 Z.-Wohn. m. Kü., Bad, u. 2 Balk., gg. 3 Z.-Wohn. A. Weber Khe., Nokkstr. 7.
2×3-Z.-Wohnung m. Zubeh. geg. 3- od. 4-Z.-Wohn., ev. auch 2-Zim. m. Zubeh. auf 1. März 1948. ✉ 2665 BNN.
3 Zimmerwohnung, m. Gart., sowie 2 Büroräume, Nähe Hauptpost, gg. 5—6 Zim.-Wohnung in zentr. Weststadtl. (3 Zim. f. Bürozw.) Bei Wohnungsaufbau Beihilfe möglich. ✉ 3001 BNN.
Schöne 3-Z.-Wohnung, Kü., Mans., Weststt. (51 RM) gg. mod. 3-Z.-Wohn. m. Bad (b. 90 RM). ✉ 3152 an BNN.
Mod. 3-Z.-Wohnung, schön, m. all. Komf., 1. St., Nähe Karlsplatz, geg. 4—5-Zim.-Wohn., 1. od. 2. St., zentr. Lage, geeign. f. Geschäft. ✉ unter 3031 an BNN.
Karlsruhe—Ettlingen: Schö. 3-Z.-Wohn., 3. St., (47 RM) i. Weiherf. geg. 2-3-Z.-Wohn. in Ettl., evtl. auch kl. Familienhaus. ✉ 3127 BNN.
Eltingen b. Leonberg — Khe.: Kl. 2-Z.-Wohn. in Eltingen geg. ebens. in Khe. oder Durlach. ✉ 3081 an BNN.
Ettlingen—Karlsruhe: Gr. geräum. 2-Zim.-Wohnung mit Bad, Kü., Nebenr. u. Garten in Ettl. geg. geräum. 3-Z.-W. i. K.-Rüpp., mögl. N. Diak.-Krhs. ✉ 3117 BNN.
Ettlingen—Khe.: Zim. u. Kü. in Ettl. geg. gr. Zimmer in Karlsruhe. ✉ 3086 an BNN.
Malsch-Karlsruhe: 2 Zi., Kü., Bad, WC u. Gartenant. in Landhausvilla i. M., gegen 2—3-Z.-Wohnung in Karlsr. sof. o. 1. 4. ✉ 3109 BNN.
Porz/Köln—Karlsruhe: 2 Zi., Kü., Bad i. P. geg. gl. in Khe., evtl. Ringt. Stuttg. ✉ unter 3113 an BNN.
Offenburg—Karlsruhe: In Offenburg 2-Z.-Wohn. gegen gl. Wohn. in Khe. ✉ ant. 3683 über Ring-Werbung, Karlsruhe, Zähringerstr. 19.
Kiel—Karlsruhe: In Kiel 3½-Z.-Wohn. m. Küche u. Bad, geg. gleichw. in Karlsruhe. ✉ u. 3663 a. Ring-Werbung, Karlsr., Zähringerstr. 19.
Halle/Saale—Westzone: 2 Zi u. Küche, gute Möbel, in Halle (Saale) geg. Wohn. Westz. (4-Pers.-Kopftausch). ✉ unt P 5344 an Werbed. RAT u. TAT, Stuttgart.

Transporte

Paketverkehr — Ostzone: Höchstgew. 7 kg, von u. nach allen Orten durch H. Schaarschmidt, Spedit., Leipzig W 33, Burgauenstr. 13, Interzonentransp.
Intern. Transporte Hermann Ludwig, allgem. Land- und Seetransport-Gesellschaft m. wöchentl. Ablad. u. Abruf, nach u. von all. Plätzen d. 4 Besatzungszonen — wie München, Passau, Nürnbg., Hof, Stuttg., Mannh., Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Essen, Hannover, Bremen, Hamburg, Lübeck, Berlin, Leipzig, Dresden. Transp. von Umzugsgütern von u. nach Österreich mit wöchentl. Ablad. nach Linz, Wien, Graz u. Salzburg. Geräum., trock. Lagerräume mit eig. Gleisanschl. Übernahme v. Exportliefer. und Schiffsverlad nach Übersee. Geschäftsst. Regensburg, Bruderwöhrdst. 6/II, T. 5380.

Werbung

Kinderstricksachen aller Art sowie Baby-Artikel fertig. wir bei Anlief. von Wolle. Annahme u. Ausk. in uns. Abt. „Alles fürs Kind". UNION, Vereinigte Kaufstätten, GmbH., Karlsruhe.
Ihre Schuhe werden fachmännisch repariert! Bringen Sie aber Material! Lieferzeit 8 Tage. August Schäfer, Schuhmachermstr., Karlsr., Sofienstraße 134.
Möbel zum Beizen werden angenommen, auch Umbeizen. C. Pape, Khe., Amalienstr. 53, u. Waldstr. 40c.
Fußboden-, Innen- u. Außenanstrich-Farben, Klebstoffe, Autopoliermittel, Händereinigungspaste, Mauerpulver, Putz-, Reinigungs- u. Möbelpflegemittel lief. sof. Zismer & Zieschang, Fabr. chem.-techn. Erzeugnisse, Hbg.-Altona, Parallelst. 1.
Hämorrhoiden jetzt heilbar ohne Salben, ohne Zäpfchen, ohne Einnehm. Ford. Sie üb. dieses neue, einf., vielf. bew. Verf. Prosp. v. Kurenst. Bergheil, Hambg. 268
Das Branchenverzeichnis US-Zone Deutschland mit üb. 1 Million Adressen, in 3700 Branchen geordn., in deutscher u. engl. Sprache, ist das derzeit größte Wirtschaftshandbuch d. Westzonen. Erscheint in der 1. Hälfte 1948 im Verlag Eymüller & Wieser, OHG., Augsburg, Maxstraße 81.
Hamburger Qualitäts-Kaffee, Walter Meßmer, Hamburg P 33, Kaffee-Großrösterei-Versand, wünscht ein gut. neues Jahr! Schreiben Sie mir bitte Ihre Adresse!
„Jeanette" — „Lucien". Wir liefern an den Großhandel kosmet. Spitzenerzeugnisse. Spez.. Parfüms auf Basis reinen Alkohols. Neue Kollektion für 1948. Fordern Sie unser Angebot. M. Weber & Co., Hamburg 13, Mittelweg 107. Auslief.-Lager Hamburg, Köln und Nürnberg.
Kämme liefern wir Ihnen sof. bei Einsend. v. orangefarb. Hautentgift.-Flasch. Schreiben Sie noch heute an: Mayanna, München 22, Herrnstraße 36.
„Stahlwaren" — ein neuer Einkaufskatalog! Lieferantenverzeichn. v. 212 Arten Stahlwaren: Bestecke, Rasiergeräten, gewerbl. Messern, Instrumenten usw. 14.80 RM u. 1.20 Versandsp. sof. gg. Nachn. lieferbar, ebenso Einkaufs-Kataloge and. Branchen. Erbitten Sie Angebot. BEQUNA-Verlag, (22a) Remscheid-Lennep 2 d.
Umtauschaktion Altzink gegen neue Zinkbleche! Wir sind vom Verwaltungsamt für Wirtsch. in Minden-Westfalen als annahmeberechtigt. Umschmelzwerk eingesetzt worden. Annahmestellen werden nachgewiesen. Hetzel & Co., G.m.b.H., Abt. Metallschmelzwerk, Nürnberg, Industriestraße 23/27.
„Münch. TT-Spindel", Spinnvorricht. an die Nähmasch. f. Wolle, Hanf, Flachs u. Glaswolle. Nur an Wiederverkäufer. Hersteller: Theodor Triebenbacher, München 15, Bayerstraße 77a, Telefon 70385.
Hochwert. Kämme liefere ich sof. u. kostenfr. gg. Eins. von Hautentgift.-Fläschchen aus Kunstharz (rosa), fünf Fl. = 1 Kamm nach Wahl, u. zwar Damen-, Herren-, Stiel-, Staub-, Steck-, Wasserwellen- u. Haarschneidekämme. M. Brenner, (14b) Nördlingen, Osk.-Mayrst. 74
Kinderringe in schön. Ausf., sort. in 4 Farb., pro Ring 90 Pf. Verbr.-Höchstpr. 1.20 RM. Großh. erh. Grossist.-Rabatt. Kein Versand an Privat. Muster geg. 1.14 RM a. Postscheck-K. 13346 Khe. Anfrag. an Wolfgang Ruf, Mannheim, Zeppelinstr. 36.
Unsichtbares Augenglas statt Brille! Haftschalen korrig. unsichtb. die Fehlsichtigk. Begeistert werden sie bereits von Tausenden getragen. Ford. Sie d. Prosp. „Gut sehen u. besser aussehen". Meine Spezialisten beraten Sie gern in Stuttgart-S, Fangelsbachstr. 5. Vorherige Anmeldung erw. Müller-Welt, Stuttgart-S, Fangelsbachstraße 5.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg